

Bündnisinitiative "Bildung für eine demokratische Gesellschaft"

Dokumentation Round-Table No.2

Bertelsmann Stiftung, Berlin 28.04.2017

Moderation:

Martin Nanzig Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., Berlin

Dr. Christa Schäfer Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. Berlin

Leitfrage: Wie können wir die Demokratiepädagogik in kommunalen und regionalen Bildungslandschaften stärken?

Das zweite Expertenhearing der Round-Table Reihe fand in den Räumen der Bertelsmann Stiftung Unter den Linden 1 in Berlin statt. 13 Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis bearbeiteten, moderiert durch die DeGeDe, die Leitfrage mit Fokus auf kommunale und regionale Bildungslandschaften. Erneut gewannen die Organisatoren viele wertvolle Hinweise zum Bündnisvorhaben und zu Fragen der Umsetzung.

Die erarbeiteten Thesen zu der Leitfrage: Wie können wir die Demokratiepädagogik in kommunalen und regionalen Bildungslandschaften stärken?

Interesse der Bildungslandschaften darstellen. Zunächst muss geprüft werden, wie ausgeprägt das Interesse an demokratiepädagogischer Entwicklung in den Bildungslandschaften ist.

Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Chancen demokratiepädagogischer Entwicklung sollten aktiv an die Bildungslandschaften herangetragen werden und das Thema möglichst in die laufenden Prozesse integriert werden.

Multiplikatoren und Entscheider gewinnen. Wenn das Thema über die relevanten Ansprechpartner in den Kommunen und Regionen kommuniziert wird, sind die Gelingensbedingungen besser.

Kompetenzzentren ausbauen. Die Koordination der demokratiepädagogischen Entwicklung sollten möglichst kommunale/regionale Kompetenzzentren übernehmen.

Demokratische Prozesse stärken. Die Initiative sollte die Beteiligungsmöglichkeiten und Strukturen stärken, um damit demokratische Praxis in Bildungslandschaften zu erhöhen.

Vernetzung ausbauen. Das Thema Demokratiepädagogik muss an die bestehenden Strukturen andocken in die Netzwerke eingebunden werden.

Empfehlungen für die Bündnisinitiative zu der Leitfrage: Wie können wir die Demokratiepädagogik in kommunalen und regionalen Bildungslandschaften stärken?

Definition und Schärfung: Demokratiepädagogik sollte schärfer definiert und eindeutig von Demokratiebildung und politischer Bildung abgegrenzt werden.

Good practice: Die Initiative sollte gelingende Praxis sichtbar machen und Möglichkeiten der Vernetzung bieten.

Kinderrechte: Demokratiepädagogik lässt sich aus den Kinderrechten ableiten und legitimieren. Dieser Zusammenhang sollte deutlich formuliert und kommuniziert werden.

Wahlrecht ab 16: Die politische Diskussion zum Wahlrecht ab 16 könnte Symbolcharakter für die Bündnisinitiative haben und ein wesentliches Element für den Diskurs darstellen.

Antwort auf gesellschaftliche Probleme: Die Initiative sollte aufzeigen, was sie im Hinblick auf Problembereiche wie z.B. Bildungsungerechtigkeit und soziale Ausgrenzung erreichen möchte und hierüber gezielt Fördermöglichkeiten ausloten

Zielgruppe: Die Zielgruppen für das Bündnisvorhaben sollten eindeutig(er) beschrieben werden, um z.B. Förderern bessere Anknüpfungspunkte zu bieten.

Kampagne: Das Bündnisvorhaben könnte zunächst als Kampagne starten und erst im zweiten Schritt operative Maßnahmen übernehmen, wenn die Finanzierung für letztere zunächst ungesichert ist (Orientierung/Exploration - Mobilisierung/Kampagne - Konkretisierung/Umsetzung)

Botschafter: Viele, auch junge Botschafter*innen für die Bündnisinitiative würden ein positives Bild vermitteln und die Kampagne nach außen vertreten.

Nachhaltigkeit: Die Prozesse und Strukturen sollten dauerhaft geschaffen und gesichert werden.

Mehrwert: verdeutlichen Der Mehrwert für Partnerorganisationen bei der Beteiligung an der Initiative soll leicht erkennbar sein.

Teilnehmer*innen (in alphabetischer Reihenfolge):

Siamak Ahmadi
Dialog macht Schule gGmbH,

Ulrike Kahn
Berlin Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. v., Berlin

Dr. Wolfgang Beutel
Demokratisch Handeln e. V., Jena Reinhold Reitschuster Berlin

Peter Bleckmann
Hochschule für angewandte Pädagogik, Berlin Roman Riedt Potsdam

Dr. Heide-Rose Brückner
Kinderfreundliche Kommunen, Berlin

Hans Wolfram Stein
Bremen

Carla Gellert
Lernen durch Engagement, Berlin

Gernot Goldenbaum
Freie Universität Berlin

Dr. Andreas van Hooven
Rat für kulturelle Bildung, Essen

Reinhold Reitschuster
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., Berlin

Hermann Zöllner
Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V., Berlin

Sigrid Meinhold-Henschel
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh